



BS-Beschluss öffentlich
B595-21/17

öffentlich: Ja

Drucksachen-Nr.: 06/1091

Erfassungsdatum: 17.07.2017

Beschlussdatum:
17.07.2017

Einbringer:

CDU-Fraktion

Beratungsgegenstand:

Bürgerschaft verurteilt die Ausschreitungen

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Bürgerschaft	17.07.2017	8.23		26	6	2

Birgit Socher
Präsidentin

Beschlusskontrolle:

Termin:

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen?		Haushaltsjahr
Ergebnishaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	
Finanzhaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald verurteilt die Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel Anfang Juli 2017 in Hamburg. Gewalt ist keine legitime Form der politischen Auseinandersetzung.

Unser Respekt gilt den Sicherheitsbehörden, die unseren Rechtsstaat entschlossen verteidigt haben. Die Bürgerschaft bedankt sich ganz besonders bei den Polizeibeamten und den ehrenamtlichen Helfern aus unserer Stadt und aus unserer Region. Sie haben durch ihren Einsatz dazu beigetragen, das Leben, die Gesundheit, die Freiheit und das Eigentum der Menschen zu beschützen. Allen verletzten Beamten wünschen wir schnelle Genesung.

Sachdarstellung/ Begründung

Bei den Ausschreitungen während des G20-Gipfels am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg sind fast 500 Polizisten und eine unbekannte Zahl an Demonstranten verletzt worden. Geschäfte wurden geplündert, Autos angezündet und brennende Barrikaden errichtet. Die Welt ist über die Bilder aus Hamburg entsetzt. Vor allem linksradikale Gruppen haben die gewährten Freiheitsrechte missbraucht, um unseren Rechtsstaat, seine Vertreter und die Grundwerte unserer Gesellschaft anzugreifen. Wer Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum anderer gefährdet, kämpft nicht für eine gerechte Weltordnung, sondern für deren Untergang. Wer Einsatzkräfte mit Brandsätzen und Waffen attackiert, der ist kein politischer Aktivist, sondern ein gefährlicher Straftäter. Gewalt ist

keine legitime Form der politischen Auseinandersetzung und deshalb von allen Demokraten entschieden zu verurteilen.

Die gewalttätigen Ausschreitungen in Hamburg haben nicht die Sicherheitskräfte verursacht. Die Verantwortung hierfür trägt, wer gewaltbereite Demonstranten nach Hamburg gerufen, Polizeibeamte brutal angegriffen und sich mit diesen Straftätern solidarisiert hat. Die Polizeibeamten haben unseren Rechtsstaat konsequent verteidigt und durch ihren beherzten Einsatz vielfach Schlimmeres verhindert. Sie genießen unsere ganze Sympathie und Solidarität. Ein besonderes Dankeschön richten wir an alle Beamten aus unserer Stadt und aus unserer Region, die beim G20-Gipfel ihren Dienst verrichtet und besonders an jene, die hierbei Verletzungen erlitten haben. Ihnen wünschen wir eine schnelle Genesung.